

Auf den Spuren des „Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität“

Tot geglaubte leben länger. So ist es auch mit dem „Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität“, einer von der rot-grünen Bundesregierung initiierten multilateralen Initiative mitteleuropäischer Staaten zur Aufarbeitung der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Lange konnte man denken, das bereits 2003 in die Wege geleitete Projekt würde nie realisiert werden. Doch nun kommt es tatsächlich zur Eröffnung eines Büros des Netzwerks in Warschau.

Erste Anstöße

Als am 29. Oktober 2003 Bundespräsident **Johannes Rau** und Polens Präsident **Aleksander Kwaśniewski** in einer gemeinsamen Erklärung in Danzig für eine europäische Initiative zur Aufarbeitung „aller Fälle von Umsiedlung, Flucht und Vertreibung“ im 20. Jahrhundert in Europa warben, ahnte niemand, wie viel Zeit die Realisierung dieser Idee in Anspruch nehmen sollte. In ihrer Erklärung riefen die beiden Präsidenten „hoch angesehene Persönlichkeiten, Politiker und Vertreter der Zivilgesellschaft“ dazu auf, sich nationenübergreifend mit diesem Teil der Geschichte des 20. Jahrhunderts zu befassen. Damit „Erinnerung und Trauer nicht missbraucht werden, um Europa erneut zu spalten“, traten sie dafür ein, diese Vorgänge „gemeinsam neu (zu) bewerten und (zu) dokumentieren, um ihre Ursachen, ihre historischen Hintergründe und ihre vielfältigen Konsequenzen für die Öffentlichkeit verständlich zu machen.“ Jede Nation, heißt es in der Erklärung, habe das Recht, der Opfer von Flucht und Vertreibung zu geden-

ken. Dabei dürfe es heute aber „keinen Raum mehr geben für Entschuldigungsansprüche, für gegenseitige Schuldzuweisungen und für das Aufrechnen der Verbrechen und Verluste.“¹

Die „**Danziger Erklärung**“ der beiden Präsidenten war eine Folge der erneuten Debatte über Vertreibungen, die seit 1999 durch das maßgeblich von der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) Erika Steinbach und dem früheren SPD Generalsekretär Peter Glotz beförderte „**Zentrum gegen Vertreibungen**“ entfacht worden war. Der Plan, ein solches Zentrum in Berlin zu errichten, sei „*orkanartig durch die deutsch-polnischen Landschaft gefegt*“, hieß es später in der Süddeutschen Zeitung. Die Erklärung der Staatspräsidenten habe in dieser Situation einen „*Windfang gegen weitere Verheerungen*“ bilden sollen.² Neben der strikten Ablehnung des Zentrumsprojektes durch Politiker und Publizisten in Polen hatte sich damals auch die Führung der rot-grünen Regierung in Gestalt von Bundeskanzler **Gerhard Schröder** und Außenminister **Joschka Fischer** vehement gegen das Zentrums-Vorhaben gestellt und damit zusätzlich Öl ins Feuer gegossen.³ FDP-Chef **Guido Westerwelle** hatte daraufhin da-

¹ Die Erklärung ist im Anhang dieses Textes vollständig wiedergegeben.

² Daniel Brössler: Netzwerk statt Bollwerk. Eine Bonner Tagung als Neuanfang zur Geschichte der Vertreibung, in: Süddeutsche Zeitung, 16.3.2004, S. 16.

³ Vgl. Thomas Urban: Netzwerk der Erinnerung. Das Projekt von Rot-Grün, in: Süddeutsche Zeitung, 1.2.2006, S. 2.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO POLEN

STEPHAN RAABE
DENNY SCHLÜTER

5. Januar 2011

www.kas.de/polen

mals öffentlich moniert: „Der Außenminister und der Bundeskanzler sollten bei unseren Nachbarn für Verständnis werben. Ich verstehe nicht, warum der Bundeskanzler und der Außenminister den Sorgen der Nachbarn nicht entgegengetreten, sondern die Debatte noch unverantwortlich anheizen. Das Engagement für das Zentrum ist selbstverständlich alles andere als erzkonservativ und revanchistisch.“⁴

Noch vor der Danziger Erklärung hat jedoch der Historiker **Friedhelm Boll** von der Friedrich-Ebert-Stiftung, wie er selbst darlegte, bereits Anfang August 2003 vor dem Hintergrund des heftigen Streits um das Vertreibungsgedenken mit dem Breslauer Historiker **Krzysztof Ruchniewicz** über die Gründung eines grenzüberschreitendes Netzwerkes zur Aufarbeitung der Geschehnisse gesprochen. In bewusster Anknüpfung an die Danziger Erklärung lud die Ebert-Stiftung daraufhin im März 2004 Historiker zu einer Tagung nach Bonn ein, die dort ein „Netzwerk: Zwangsmigration und Vertreibungen im 20. Jahrhundert“ gründeten. Dieses sollte das Thema als eine europäische Aufgabe bearbeiten, die nationalen Geschichtsbilder füreinander öffnen und aufkeimende Ansätze eines europäischen Geschichtsbewusstseins in seiner ganzen Vielfalt befördern, hieß es in der Begründung. Die Netzwerk-Initiative sollte dabei als eine Art Gegenentwurf zur Zentrumsidee in Berlin dienen. „Wir brauchen kein Zentrum gegen Vertreibungen nach dem gusto von Frau Steinbach. Wohl aber brauchen wir eine stärkere Kooperation derjenigen, die sich ... mit diesem Thema befassen“, stellte Friedhelm Boll 2006 in aller Deutlichkeit fest.⁵

⁴ Vgl. *Hans-Henning Krumrey*: Deutschland „Nicht revanchistisch“. Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle möchte das „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin, in: *Focus Magazin* Nr. 38, 15.9.2003.

⁵ *Friedhelm Boll*: Betrifft – Netzwerk Erinnerung und Solidarität, Leserbrief ohne Datum zum Beitrag vom Thomas Urban „Netzwerk der Erinnerung“ in der *Süddeutschen Zeitung* vom 1.2.2006. Der Brief liegt dem Autor als Kopie vor. Die erwähnte Tagung ist dokumentiert in dem Band von *Anja Kruke* (Hg.): *Zwangsmig-*

Dahinter stand die Befürchtung, dass das Zentrumsprojekt zu einer nachhaltigen Beschädigung der deutsch-polnischen Beziehungen führen könnte. Aus diesem Grund hatte die von der Robert-Bosch-Stiftung geförderte **Kopernikus-Gruppe** deutscher und polnischer Experten im Dezember 2003 ebenfalls für ein „Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen“ möglicherweise an der Grenze in Görlitz oder Zgorzelec plädiert, das „auch als Netz verschiedener miteinander verbundener Standorte“ fungieren könne.⁶

Schwierige Verhandlungen und Namensstreit

Auf Grundlage der Erklärung der Staatspräsidenten und der geschilderten Anstöße setzte die damalige Kulturstaatsministerin **Christina Weiss** ab April 2004 Gespräche mit den Kulturministern Österreichs, Polens, der Slowakei, Tschechiens und Ungarns zur Gründung einer europäischen Erinnerungsinitiative in Gang. Die Verhandlungen gestalteten sich allerdings nicht leicht. Der ihnen angetragene Dialog gefiel nicht allen. Tschechien und Österreich distanzieren sich. Im Ergebnis einigten sich die verbliebenen Staaten auf die Gründung einer gemeinschaftlich zu finanzierenden Stiftung mit dem Namen „Europäisches Netzwerk Zwangsmigration und Vertreibung“. Schnell wurde allerdings - vor allem von polnischer Seite - erneut Kritik am Titel des Netzwerkes laut. So kam es zur Umbenennung der Stiftung in „Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität“. Der eigentliche Gegenstand der Erinnerungsinitiative, wie ihn die Staatspräsidenten Rau und Kwaśniewski benannt hatten: „*Umsiedlung, Flucht und Vertreibung*“, kam im Namen der Stiftung nicht mehr vor. In der Folge der Auseinandersetzung um die historische Aufarbeitung und Erinnerung der Vertreibungen im 20. Jahrhundert war der vor allem in Deutschland geprägte Begriff „Vertreibung“ in Polen wieder vermehrt - wie schon in kommunisti-

ration und Vertreibung – Europa im 20. Jahrhundert, Bonn 2006.

⁶ Mitteilung über die 8. Sitzung der „Kopernikus-Gruppe“, Dezember 2003, zugänglich über: www.deutsches-polen-institut.de.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO POLEN

STEPHAN RAABE
DENNY SCHLÜTER

5. Januar 2011

www.kas.de/polen

schen Zeiten – zu einem unerwünschten Begriff geworden. Stattdessen spricht man dort lieber von „Umsiedlungen“ oder „Aus-siedlungen“.

Absichtserklärung und Gründung

Am **2. Februar 2005** wurde dann eine **Absichtserklärung** zur Gründung des „Europäischen Netzwerkes“ in Warschau von den Kulturministern Deutschlands, Polens, der Slowakei und Ungarns verabschiedet. Die Tschechische Republik und Österreich beteiligten sich nicht an der Gründung und sind daher auch nicht in die Strukturen des Netzwerkes eingebunden. Beide Staaten erklärten sich aber bereit, auf Projektebene mit dem Netzwerk zusammenzuarbeiten. Die Absichtserklärung sieht die Gründung der Stiftung mit einem Koordinationssekretariat mit Sitz in Warschau vor. Das Sekretariat solle von einem Direktor geleitet werden und zur Unterstützung ein Lenkungsausschuss erhalten, dem jeweils ein von den beteiligten Ländern benannter Koordinator angehören soll. Ferner würden ein Wissenschaftlicher Beirat und ein Kuratorium geschaffen. Gegenstand des Netzwerkes solle *„die Analyse, Dokumentation und Verbreitung der Geschichte des 20. Jahrhunderts“* sein. Es solle, wie die deutsche Kulturstaatsministerin Weiss anlässlich der Unterzeichnung der Gründungserklärung betonte, *„nicht nur auf Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert spezialisiert bleiben, sondern die Erinnerung an das nationalsozialistische Regime und die kommunistischen Diktaturen ebenso beinhalten wie das Leiden der Zivilbevölkerung.“* Der Begriff „Netzwerk“ verdeutlicht dabei, dass es sich nicht um ein weiteres Bildungs- oder Forschungsinstitut handelt, sondern *„die Verbindung der in den einzelnen Ländern bereits bestehenden Initiativen und die Organisierung der Zusammenarbeit“* sowie die *„Förderung, Finanzierung und Durchführung“* einschlägiger Aktivitäten angestrebt ist. Ziel ist es, *„eine gemeinsame, ausschließlich vom europäischen Geist der Versöhnung getragene Analyse, Dokumentation und Verbreitung der Vergangenheit zu unterstützen, die Geschichte der Völker Europas miteinander zu verbinden, zur Entwicklung einer europäischen Erinnerungskultur beizu-*

*tragen und damit die freundschaftlichen Beziehungen ... zu festigen“.*⁷ Angesichts von „widerstreitenden und konkurrierenden Erinnerungen – und auch der Asymmetrie der Wahrnehmung“⁸ und des heißen Streits um die Einordnung und den Stellenwert der Vertreibungsproblematik ist dies in der Tat ein „ambitioniertes Vorhaben“, als welches es Staatsministerin Weiss auch bezeichnete. Dabei wird viel davon abhängen, in welcher Form man in dem Netzwerk auch mit Kontroversen umzugehen vermag. Deshalb sprach Christina Weiss nicht von ungefähr von einem *„mutigen Schritt“* der beteiligten Länder, sich der *„oftmals so schrecklichen gemeinsamen Vergangenheit auch gemeinsam, in einem europäischen Kontext“* zu stellen. Zudem gab sie der Hoffnung Ausdruck, dass sich bestehende *„Befürchtungen und Sorgen“* im wissenschaftlichen Alltag als unbegründet erwiesen und dann auch weitere Länder dem Geschichtsverbund beitreten.⁹

Auf Grundlage der Absichtserklärung wurde schließlich am **23. August 2005** das Europäische Netzwerk als private Stiftung nach polnischem Recht gegründet und mit finanziellen Mitteln ausgestattet. Stifter war ein Überlebender der Konzentrationslager Auschwitz und Birkenau, der namhafte polnische Maler, Schriftsteller, Regisseur und Bühnenbildner **Józef Szajna** (1922–2008). Ziel der Stiftung ist laut Satzung:

⁷ Bundesregierung: Absichtserklärung über die Gründung des „Europäischen Netzwerkes Erinnerung und Solidarität“, <http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/artikel/33/782733/multi.htm>.

⁸ Matthias Weber: Gemeinsam Erinnern. Das Europäische Netzwerk „Erinnerung und Solidarität“, S. 6, Beilage zur Presseerklärung der Bundesregierung: „Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ nimmt Arbeit auf, 18.2.2010, http://www.bundesregierung.de/nr_1496/Content/DE/Artikel/2010/02/2010-02-18-europaeisches-netzwerk-erinnerung-solidaritaet.html.

⁹ Bundesregierung: Statement von Kulturstaatsministerin Weiss zum künftigen "Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität", <http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/41/782741/multi.htm>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO POLEN

STEPHAN RAABE
DENNY SCHLÜTER

5. Januar 2011

www.kas.de/polen

„die Geschichte des 20. Jahrhunderts, des Jahrhunderts der totalitären Diktaturen, zu analysieren und zu dokumentieren sowie das Wissen darüber zu erweitern und zu vertiefen,

die Geschichte der Opfer von Kriegen, Eroberungen und Zwangsaussiedlungen im 20. Jahrhundert zu analysieren und zu dokumentieren sowie das Wissen darüber zu erweitern und zu vertiefen,

die Geschichte der Opfer nationalistischer, rassistischer, ideologischer Repressionen sowie deren Ursachen zu analysieren und zu dokumentieren sowie das Wissen darüber zu erweitern und zu vertiefen.“¹⁰

„Wiederbelebung einer ‚Totgeburt‘“

Die Vorsitzende der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“, **Erika Steinbach**, begrüßte die Netzwerksgründung sofort als Erfolg und Ergebnis der Arbeit ihrer Stiftung, die gerne bereit sei, als Knoten dieses Netzwerkes mitzuarbeiten.¹¹ Allerdings wirkten sich die Wahlen im Herbst 2005 in Polen, bei denen die national-konservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) zunächst eine relative Mehrheit im Parlament und dann auch das Präsidentenamt errang, und der gleichzeitige Regierungswechsel in Deutschland nicht förderlich auf die Arbeit des Netzwerkes aus. Die Verwirklichung des Projektes geriet jedenfalls ins Stocken, obwohl sowohl die neue Bundeskanzlerin **Angela Merkel** bei ihrem Antrittsbesuch am 2. Dezember 2005 in Warschau wie auch der neue polnische Staatspräsident **Lech Kaczyński** bei seinem ersten Staatsbesuch in Berlin Anfang März 2006¹² sich öffentlich zu

¹⁰ Satzung der Stiftung Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität vom 23.08.2005 Kapitel II, § 5, zitiert nach *Weber*, Gemeinsam erinnern, aaO. S. 10; zur Rechtsform und Organisation der Stiftung vgl. ebd. 11ff.

¹¹ Vgl. *Erika Steinbach*: Erfolg zum 5. Geburtstag des ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN. Das Netzwerk der Bundesregierung ist ein Ergebnis unserer Stiftung, Aktuelles vom 9.9.2005, www.z-g-v.de/aktuelles/index.php3?id=479.

¹² Antrittsbesuch von Präsident Kaczyński in Berlin, <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/DeutschlandInEur->

dem Vorhaben bekannten. Im **Koalitionsvertrag** hatten CDU/CSU und SPD zuvor festgehalten: "Die Koalition bekennt sich zur gesellschaftlichen und historischen Aufarbeitung von Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung. Sie will im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein wichtiges Zeichen setzen, um - in Verbindung mit dem Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität über die bisherigen beteiligten Länder Polen, Ungarn und Slowakei hinaus - an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten."¹³

Erst mit der neuen liberal konservativen Regierung in Polen unter **Donald Tusk** von der Bürgerplattform (PO) seit Ende 2007 wurde die Realisierung der Stiftung langsam wieder vorangetrieben. Der Historiker **Stefan Troebst** schrieb 2008 deshalb wohl zutreffend von der „Wiederbelebung einer ‚Totgeburt‘“. ¹⁴ Im Rahmen seines Berlinbesuches unterzeichnete am 27. Mai 2009 der polnische Kulturminister **Bogdan Zdrojewski** (PO) gemeinsam mit Kulturstaatsminister **Bernd Neumann** (CDU) abermals eine Erklärung, die den Weg zu einer Institutionalisierung des Europäischen Netzwerkes ebnet sollte. Als nächste Schritte, so hieß es, würden ein Sekretariat in Warschau und die Netzwerk-Gremien ihre Arbeit aufnehmen.¹⁵

Konstituierung 2010

Es dauerte aber nochmals fast ein Jahr bis endlich - fünf Jahre nach der Gründungs-

opa/BilateraleBeziehungen/Polen/Aktuelles/AntrittsbesuchKaczynski_node.html.

¹³ Zitiert nach: "Wir wollen die Beziehungen zukunftsgerichtet ausrichten", 2.12.2005, <http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Archiv16/Artikel/2005/12/2005-12-02--wir-wollen-die-beziehungen-zukunftsgerichtet-ausrichten--layoutVariant=Druckansicht.html>.

¹⁴ So der Titel seines Beitrages über das Netzwerk in: Polen-Analysen Nr. 33 (2008).

¹⁵ PRESSE- UND INFORMATIONSSAMT DER BUNDESREGIERUNG, PRESSEMITTEILUNG NR.:226: Gemeinsame Erklärung zum „Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ unterzeichnet, 27.05.2009, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2009/05/2009-05-27-bkm-dt-pol-erklaerung.html>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO POLEN

STEPHAN RAABE
DENNY SCHLÜTER

5. Januar 2011

www.kas.de/polen

vereinbarung - am **12. Februar 2010** das Kuratorium und der wissenschaftliche Beirat der Stiftung in Warschau zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen kamen. Darüber informiert eine Mitteilung der Bundesregierung vom 18. Februar unter dem Titel: "Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität' nimmt Arbeit auf".¹⁶ Ihr ist eine Pressemitteilung der Stiftung beigelegt. Danach wurde **Ján Carnogurský**, ehemaliger Premierminister der Slowakischen Republik und Mitbegründer der Hochschule für Recht in Bratislava, zum Vorsitzenden des Kuratoriums gewählt. Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates sei **Dr. Csaba Gy. Kiss**, Professor für Kulturgeschichte an der Eötvös-Loránd-Universität in Budapest. Das Sekretariat des Netzwerks befände sich in Warschau in der ul. Zielna 39, PL- 00-108 Warszawa.

Beigelegt ist ebenfalls ein Text von **Prof. Matthias Weber**, dem deutschen Netzwerk-Koordinator im Auftrag der Bundesregierung. Der Text informiert über die bisherige Entwicklung des Projektes und weist ergänzend auf Literatur hin. Dort erfährt man etwa, dass die im Stiftungsrat handelnden Personen im Auftrag der sie entsendenden Staaten agieren, die Stiftung also politisch von den beteiligten Regierungen dirigiert wird, und dass das Netzwerk organisatorisch durch ein Sekretariat in Warschau geleitet wird, „in dem Wissenschaftler und Verwaltungskräfte tätig sind. Das Sekretariat befindet sich in zentraler Lage der Stadt, es verfügt über die erforderlichen Räumlichkeiten (Büros, Tagungsraum).“ Auch bisherige Aktivitäten werden beschreiben, so eine erste Tagung zum Thema „Erinnerungsorte in Ostmitteleuropa – Erfahrungen der Vergangenheit und Perspektiven“, die vom 11. bis 13. Januar 2008 im Warschauer Königsschloss stattgefunden und Wissenschaftler aus elf Staaten zusammengeführt hat. Eine Reihe weiterer Projekte seien durchgeführt oder gefördert worden, andere befänden sich noch im Stadium der Realisierung. Aus Mitteln des Netzwerks sei etwa die Erstellung des Films

¹⁶<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2010/02/2010-02-18-europaeisches-netzwerk-erinnerung-solidaritaet.html>

„**Leise gegen den Strom**“ unterstützt worden, der die Pilgerfahrt junger Christen aus der DDR in das ehemalige Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau im Jahr 1965 dokumentiert. Auch das von einem multinationalen Herausgeber- und Autorenteam bearbeitete „**Lexikon der Vertreibungen**“ sei von 2005 bis 2008 aus Mitteln des Netzwerks finanziert worden.¹⁷ Weiterhin werde ein Forschungsprojekt der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission zum Thema „Diskurse von Opferverbänden. Deutschland, Tschechien und die Slowakei im Vergleich“ gefördert. 2008 und 2009 seien zudem meist in Kooperation mit Partnereinrichtungen mehrere Tagungen, Konferenzen und Seminare durchgeführt worden.

Die Spuren verlaufen sich

Die weitere Informationsbeschaffung über das Netzwerk gestaltet sich allerdings schwierig. Ansprechpartner oder Zugangsdaten des Sekretariats des Netzwerkes, eine Homepage oder eine Chronologie des Projektes, wie sie etwa bei der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen zu finden ist¹⁸, fehlen leider. Nachforschungen unter der für das Sekretariat angegebenen Adresse ergaben, dass zumindest im Dezember 2010 dort kein Netzwerks-Büro zu finden war.

Kenntnis von der genaueren Zusammensetzung der Gremien erhält man lediglich auf Umwegen über die Homepage des ehemaligen SPD Bundestagsabgeordneten **Markus Meckel**.¹⁹ Dort sind als weitere Mitglieder des Kuratoriums neben Meckel aufgeführt: **Stephan Eisel** (Deutschland, ehemaliger CDU Bundestagsabgeordneter und Mitarbeiter der Konrad-Adenauer Stiftung), **Anton Hykisch** (Slowakei), **Jerzy Buzek** (polnischer EU Parlamentspräsident) und **Krzysz-**

¹⁷ *Kristina Kaiserová, Dmytro Myeshkov, Krzysztof Ruchniewicz, Detlef Brandes, Holm Sundhausen, Stefan Troebst* (Hg.): *Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts.* Wien 2009.

¹⁸ Vgl. www.z-g-v.de.

¹⁹ <http://markus-meckel.de/ehrenamtliche-taetigkeiten/aufarbeitung-von-geschichte/europaeisches-netzwerk/>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO POLEN

STEPHAN RAABE
DENNY SCHLÜTER

5. Januar 2011

www.kas.de/polen

tof Pomian (Polen), **Petr Pithart** und **Jiri Grusa** (Tschechische Republik), Josef Höchtl (Österreich), **Laszlo Szarka** und **Andras Masat** (Ungarn).

Als regierungsbeauftragte Mitglieder des Stiftungsrats werden genannt: **Andrzej Przewoźnik** (Polen, Vorsitzender); Matthias Weber (Deutschland); Attila Pók (Ungarn); Ivan Petranský (Slowakei). Przewoźnik, der Generalsekretär des staatlichen „Rates zur Bewahrung des Gedenkens an Kampf und Martyrium“, des polnischen Gedenkstättenrates war, ist jedoch ebenso wie der zuständige polnische Unterstaatssekretär für Kultur **Tomasz Merta** beim tragischen Absturz der polnischen Präsidentenmaschine in Smolensk am 10. April 2010 ums Leben gekommen, weshalb wohl die Arbeit des Netzwerkes wiederum zum Erliegen gekommen sein mag.

Zum Wissenschaftlichen Beirat gehören laut Homepage von Meckel: **Paweł Machcewicz** (Direktor des Büros für Bildung und Forschung am Institut für Nationales Gedenken in Warschau) und **Marek Kornat** (Geschichtswissenschaftler an der Stefan Kardinal Wyszyński Universität Warschau); **Stefan Troebst** (Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig) und **Martin Schulze-Wessel** (Professor für die Geschichte Osteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München); **Ondrej Podolec** (Slowakei) und **Róbert Letz** (Geschichtswissenschaftler in Bratislava); **Gábor Erdödy** (Historiker an der Eotvos-Lorant-Universität Budapest und ehemaliger Botschafter Ungarns in Deutschland sowie beim Heiligen Stuhl).

Vorstände seien: **Rafał Rogulski** und **Burkhard Olschowsky**. Zu Rogulski erfährt man im Internet auf der Homepage der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, dass er Promotionsstipendiat dieser Stiftung ist, Kultur- und Politikwissenschaften in Wrocław und Marburg studiert habe und dann als Journalist in der Auslandsredaktion der Tageszeitung „Zycie“, seit 2001 in der Kulturabteilung der polnischen Botschaft in Berlin und später als Berater von Prof. Władysław Bartoszewski in dessen Kabinett als Staatssekretär für in-

ternationale Angelegenheiten in der Premierkanzlei gearbeitet habe. Olschowsky, der seit mehreren Jahren darauf wartet, die Arbeit im Rahmen der 2005 gegründeten Netzwerkes-Stiftung in Warschau aufnehmen zu können, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, dessen Direktor das deutsche Stiftungsratsmitglied Prof. Matthias Weber ist.²⁰ Auf persönliche Nachfrage bei ihm war zu erfahren, dass es seit einigen Wochen tatsächlich ein Netzwerkes-Büro in der **ul. Wierzbowa 9/11, 00-094 War-szawa, Tel. (0048) 22/8267 219** gebe und **Prof. Jan Rydel**²¹, Historiker an der Krakauer Jagiello- nen-Universität und 2001 bis 2005 Leiter der Kulturabteilung der polnischen Botschaft in Berlin, von polnischer Seite als Vorsitzender des Stiftungsrates neu benannt worden sei. Hier Endet die Spurensuche bis auf weiteres.

Fazit: stiefmütterliche Behandlung

Mit der Konstituierung der Gremien des Netzwerkes Anfang 2010 sollte ein fast schon tot geglaubtes multilaterales Regierungsprojekt seine Arbeit aufnehmen und eine gemeinsame Aufarbeitung der europäischen Geschichte vorantreiben. Informationen über diesen innovativen Geschichtsverbund sind aber leider nur mühsam und auf Umwegen erhältlich. Auf welche Mittel die private Stiftung nach polnischem Recht zurückgreifen kann und woher diese stammen, wird in den offiziellen Verlautbarungen nicht gesagt. Die bisherigen Aktivitäten fanden mehr im Verborgenen statt, werden jedenfalls nicht angemessen präsentiert. Welche Maßnahmen es 2010 gab und was für das kommende Jahr geplant wird, ist nicht ersichtlich. Ein Sekretariat zur Koordinierung der Netzwerkesarbeit wird gerade erst in Warschau eingerichtet, knapp sechs Jahre nach der Gründungserklärung des Netzwerkes. Dies alles wirkt so, als ob das Projekt

²⁰ <http://www.bkge.de/13520.html>.

²¹ Vgl. Jan Rydel: Der 1. September als ein Fokus der Erinnerung. Einführung, in: Stephan Raabe, Piotr Womela, Der Hitler-Stalin-Pakt und der Beginn des Zweiten Weltkrieges, KAS-Warschau 2009 (deutsch-polnisch), 7-12.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO POLEN

STEPHAN RAABE
DENNY SCHLÜTER

5. Januar 2011

www.kas.de/polen

bisher eher stiefmütterlich behandelt und kaum mit vollem Elan angegangen worden sei. Dies ist bedauerlich und wirft Fragen nach den Gründen auf.

Ist das Netzwerk vielleicht doch mehr „als Ersatz oder zur Verhinderung“ eines Zentrums gegen Vertreibungen betrieben worden, wie man auf Seiten des Zentrumsprojektes mutmaßt²², so dass ihm als Parallelprojekt zur Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“²³ die Antriebskräfte fehlen? Beides könnte doch ohne weiteres ineinandergreifen und sich ergänzen. Erkennt man in Polen nicht die Chancen, die sich mit einem solchen Geschichtsnetzwerk verbinden, das von Warschau aus koordiniert werden soll? Wollen die von den Staatspräsidenten Kwaśniewski und Rau angesprochenen „Europäer“ doch nicht so recht an diesen Geschichtsdialog heran, weil „Befürchtungen und Sorgen“ (Christina Weiss) oder schlicht das Desinteresse überwiegen?

Mit Blick auf die bisherige Entwicklung des Netzwerkes „Europäische Erinnerung und Solidarität“ muss sich erst noch zeigen, inwieweit dieser Verbund tatsächlich gewollt und funktionsfähig ist, wie sich die Zusammenarbeit entwickelt und ob weitere Staaten der Initiative beitreten. Im Sinne eines europäischen Geschichtsdialoges wäre dies zu wünschen.

Denny Schlüter absolvierte von Oktober bis Dezember 2010 ein Praktikum im Auslandsbüro der KAS in Warschau. Er studiert Politikwissenschaften in Greifswald.

²² Steinbach, aaO. 2005.

²³ Stiftungshomepage:
<http://www.dhm.de/sfvv/>.

AUSLANDSBÜRO POLEN

STEPHAN RAABE
DENNY SCHLÜTER

5. Januar 2011

www.kas.de/polen

Die "**Danziger Erklärung**" vom 29. Oktober 2003 der Staatspräsidenten Johannes Rau und Aleksander Kwaśniewski.

"Im 20. Jahrhundert wurden in Europa viele Millionen Menschen Opfer von Umsiedlung, Flucht und Vertreibung. Einen besonderen Platz in der Erinnerung des polnischen und des deutschen Volkes nehmen Gräueltaten ein, die an Millionen von Menschen in Folge des vom menschenverachtenden nationalsozialistischen Unrechtsregimes entfesselten Krieges verübt worden sind.

Dieses Martyrium hat Millionen von Menschenleben gekostet. Es hat das Leben vieler weiterer Menschen mit Schmerz, Verlust und Trauer überschattet. Es hat viele Gesellschaften grundlegend verändert, und es beeinflusst weiterhin die Beziehungen zwischen unseren Völkern. Umsiedlung, Flucht und Vertreibung sind Teil der Geschichte Europas und damit auch Teil seiner Identität.

Angesichts dieser bitteren Vergangenheit müssen wir unsere Anstrengungen für eine bessere Zukunft vereinen. Wir müssen der Opfer gedenken und dafür sorgen, dass es die letzten waren. Jede Nation hat das selbstverständliche Recht, um sie zu trauern, und es ist unsere gemeinsame Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass Erinnerung und Trauer nicht missbraucht werden, um Europa erneut zu spalten. Deshalb darf es heute keinen Raum mehr geben für Entschuldigungsansprüche, für gegenseitige Schuldzuweisungen und für das Aufrechnen der Verbrechen und Verluste.

Die Europäer sollten alle Fälle von Umsiedlung, Flucht und Vertreibung, die sich im 20. Jahrhundert in Europa ereignet haben, gemeinsam neu bewerten und dokumentieren, um ihre Ursachen, ihre historischen Hintergründe und ihre vielfältigen Konsequenzen für die Öffentlichkeit verständlich zu machen. All dies kann nur im Geist der

Versöhnung und Freundschaft erreicht werden. Es wird uns um so fester miteinander verbinden.

Wir rufen dazu auf, einen solchen aufrichtigen europäischen Dialog über diese wichtige Frage, die unsere Vergangenheit und unsere gemeinsame Zukunft betrifft, zu führen, und erwarten, dass hoch angesehene Persönlichkeiten, Politiker und Vertreter der Zivilgesellschaft ihren Beitrag dazu leisten werden. Sie sollten auch Empfehlungen formulieren, in welchen Formen und Strukturen dieser Prozess einer europäischen Bestandsaufnahme und Dokumentation durchgeführt werden kann.

Wir sind überzeugt davon, dass die Ergebnisse dieses europäischen Dialoges einen wichtigen Beitrag zur Vertiefung unseres gegenseitigen Verständnisses und zur Stärkung unserer Gemeinsamkeiten als Bürger Europas leisten werden."²⁴

²⁴ Aus: www.dpg-bundesverband.de, vgl. Bundespräsidialamt: Pressemitteilung vom 29.10.2003, www.bundespraesidialamt.de.